



Sun-Hye Hwang (Autor)

**Die nationale Politik, die nationale Ökonomie und die nationale Identität bei Leibniz und dem Freiherrn von Stein in ihrer Bedeutungen für die Gegenwart**

Sun-Hye Hwang

---

**Die nationale Politik, die nationale Ökonomie  
und die nationale Identität bei Leibniz  
und dem Freiherrn von Stein in ihrer Bedeutung  
für die Gegenwart**

---



Cuvillier Verlag Göttingen

<https://cuvillier.de/de/shop/publications/3051>

Copyright:

Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentzsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,  
Germany

Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: [info@cuvillier.de](mailto:info@cuvillier.de), Website: <https://cuvillier.de>

## Einleitung

Die neue Weltordnung der Gegenwart ist von einem umfassenden Trend der Globalisierung gekennzeichnet. Eine Intensivierung der Interaktionen zwischen den Staaten rufen einen grundlegenden Wandel in den internationalen Beziehungen hervor. Durch die sich verdichtenden Grenzüberschreitungen auf politischem, wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet verliert der nationale Staat an Steuerungsfähigkeit und sozialer Kompetenz. Die Entgrenzungsprozesse entwickeln sich als Auflösung kollektiver Orientierungsmuster, die auf der vorgestellten Einheit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft beruhen.<sup>1</sup> In diesem aktuellen Kontext stellt sich die Frage nach der Rolle und Funktion des nationalpolitischen Gemeinwesens in der gegenwärtigen politischen Weltordnung. Ob eine nationalpolitische Weltordnung als eine Alternative zur Globalisierungsordnung zum Tragen kommt, ist die grundlegende Fragestellung dieser Arbeit.

Zunächst will ich die Frage aufgreifen, in welcher weltgeschichtlichen Lage wir uns befinden. Wir leben in einem Umbruch, wo nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eine tiefgreifende Veränderung stattfindet. Die alten kommunistischen Länder werden mit doppelten Postulaten konfrontiert. Auf der einen Seite müssen sie den Prozeß der Nationalstaatsbildung, der unter dem Druck der Sowjetunion nicht stattfinden konnte, nachholen, und andererseits werden sie durch die neue Weltordnung gezwungen bzw. es wird von ihnen gefordert, am Globalisierungsprozeß, der in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts in vollem Umfang begann, teilzunehmen. Wie in folgender Ausführung gezeigt werden wird, stehen sich diese beiden Entwicklungen, nämlich die Nationalstaatsbildung und der Globalisierungsprozeß diametral gegenüber und sind daher nicht auf einer einheitlichen Ebene in Einklang zu bringen. Aus den orientierungslosen Reaktionen der osteuropäischen Regierungen auf die sich verändernden Ordnungsvorstellungen entstand und entsteht eine Krisensituation in dieser Region der Welt.

Parallel zu dem Umwälzungsprozeß in Osteuropa wurde und wird eine grundsätzliche Diskussion über eine Übergangsgesellschaft im Westen in Gang gesetzt. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs verschwand der gemeinsame Erbfeind, wogegen das Sicherheits- und Kooperationssystem des Westes ausgerichtet war. Die Beendigung des Ost-West-

---

<sup>1</sup> Lothar Brock/ Mathias Albert, Entgrenzung der Staatenwelt, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2. Jg. 1995, S. 262.

Konflikts betrifft nicht nur Verschiebungen der Interessenkonstellationen und Beziehungsmuster in den internationalen Beziehungen, sondern auch den Wandel der Staaten selbst. Robert K. Ashley schreibt zu diesem Zeitpunkt, „Was uns jetzt abverlangt wird, ist der Mut zuzugeben, daß wir eigentlich nicht wissen, wer ‘wir’ sind.“<sup>2</sup>

Um dieses Dilemma zu überkommen, versuchte der prominente Journalist Lord William Rees-Mogg zu formulieren, „wer wir sind“. In der Londoner Times vom 5. Januar 1995 schrieb er unter dem Titel „Auf die Elite kommt es an - in Zukunft sollte sich Britannien auf die Erziehung der obersten 5 % konzentrieren, von deren Erfolg wir alle abhängen.“ In der künftigen „Informationsgesellschaft“ könne alles notwendige Wissen von 5 % der Bevölkerung erzeugt werden und im internationalen Wettstreit würden auch diese 5 % 80 % des Nationaleinkommens erwirtschaften. Deshalb lohne sich eine Allgemeinbildung für 95 % der Bevölkerung nicht mehr und die Beschäftigung der 95 % würde vom Erfolg der wenigen abhängen. Bei Rees-Mogg sind „wir“ die obersten 5 % der Bevölkerung.

Diese Perspektiv, die Rees-Mogg im Rahmen seines Landes sah, könnte aber auf die internationale Ebene übertragen werden. Die 5 % der nationalen Eliten, die den Zugang zu Informationen und Kommunikationstechnologien haben, gehören zu den globalen Eliten, welche als Akteure des Informationszeitalters den politischen und wirtschaftlichen Habitus der Welt bestimmen und stimulieren. Die übrigen 95 % der nationalen Bürger nehmen den Platz der Unterschicht ein, die dem Globalisierungsprozeß ausgesetzt sind. In diesem Zusammenhang steht auch der Prozeß, in dem die Nationalidentität durch die Globalidentität aufgelöst wird. Die neue Konfliktstruktur des Informationszeitalters werden durch die 5 % der nationalen und globalen Eliten, welche gegen die 95 % der übrigen allgemeinen Bevölkerung gerichtet sind, bestimmt. Dies sind die neuen Kriterien von Freund und Feind.

Um die bisher ausgeführten Erscheinungen in Osteuropa und in den westlichen Ländern in die Thematik einzuführen, werden die folgenden Aspekte aufgegriffen: 1) die inhaltliche Bedeutung des Begriffs „Globalisierung“, 2) das Spannungsverhältnis zwischen den politischen Einheiten in dem Globalisierungsprozeß, 3) die Auswirkungen der Globalisierung auf die Nationalstaaten, 4) die Alternative zur Globalisierung : Die Bewahrung und Wiederherstellung der nationalpolitischen Gemeinwesen und eine nationalpolitische Weltordnung.

---

<sup>2</sup> Robert K. Ashley, Living on Border Lines. Man, Poststructuralism and War, in: Der Derian, James/ Shapiro, Michael (Hrsg.), International/ Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics, Lexington, Mass., 1989, S. 311.

1.

Die inhaltliche Bedeutung des Begriffs „Globalisierung“ kommt von der sich rapid verändernden Struktur der Weltordnung zum Tragen. „Globalisierung“ ist das Schlagwort, das in den letzten Jahren in allen gesellschaftlichen Diskussionen gebraucht wurde und wird. Die sich nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ergebenden Wandlungsprozesse befinden sich in den Globalisierungsspielräumen. Da viele negative Phänomene bei diesen Prozessen in Erscheinung treten, ist es erforderlich, die Ursache der Probleme zu analysieren und zu strukturieren. Als den ersten Schritt dieser Aufgabe wird die Ordnung der Globalisierung in Frage gestellt. Es wird aber nicht der Anspruch auf eine vollständige, historische Darstellung der Globalismuslehre erhoben. Vielmehr geht es um das Aufspüren bestimmter, im praktisch-politischen Prozeß gültiger Handlungskriterien.

Der Globalisierungsprozeß ist in politischen, ökonomischen und kulturellen Bereichen zu charakterisieren.

#### 1) In den politischen Feldern

Die politische Seite der Globalisierung soll unter den folgenden Aspekten betrachtet werden: 1. Die Schwächung der souveränen Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten hinsichtlich der internationalen Beziehungen, 2. Die Dezentralisierung der politischen Entscheidungen hinsichtlich der innerstaatlichen Beziehungen.

Mit einer Intensivierung der Internationalisierung von Politik wird zunächst die Handlungsautonomie der Nationalstaaten geschwächt. Die internationalen Organisationen, z.B., IWF, Weltbank, UNO, OECD, WTO, NATO usw. und die internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs) haben mittlerweile ihre Mitgliedstaaten vermehrt und ihre Vernetzung wird weiter verstärkt, um dem aus der zunehmenden Interdependenz resultierenden Bedarf an internationaler Koordination und Interessensvertretung zu entsprechen. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, den Richtlinien der internationalen Organisationen zu folgen. Unter den Bedingungen der internationalen Interdependenz müssen die Nationalstaaten ihre Kontrolle über die Auswirkungen internationaler Ereignisse auf die Innenpolitik notwendigerweise restringieren, ja sogar partiell aufgeben und den Verlust ihrer autonomen Handlungsspielräume in Kauf nehmen. Je stärker ein Nationalstaat im Netz der internationalen Politik verwickelt ist, desto eingeschränkter sind seine Handlungs-

fähigkeiten. Diese Konfliktsituation macht deutlich, daß die Souveränität eines Nationalstaates der Internationalisierung von Politik im Wege steht und umgekehrt.<sup>3</sup>

Die innenpolitischen Auswirkungen der Globalisierung äußern sich in einem Trend zur Lokalisierung und Dezentralisierung der politischen Entscheidung.<sup>4</sup> Der Prozeß der Globalisierung ruft zunächst aus wirtschaftlichen Gründen des Standortwettbewerbes die Attraktivität von Lokalen und Mikro-Regionen innerhalb eines Staates hervor.<sup>5</sup> Dies hat die Aufwertung der subnationalen Einheiten zur Folge. Im Gegensatz dazu wird eine nationale Politik als unflexibel und uniform angesehen. Diese Entwicklung zwingt die nationalen Regierungen, sich zu wandeln, weil sie versuchen müssen, sich den veränderten Bedingungen der globalen Märkte mit einer angemessenen Ordnungspolitik anzupassen. Diese Veränderung hat eine Verlagerung von Aufgaben und Ressourcen der nationalen Regierungen auf dezentrale, lokale Politikgefüge und eine Beschränkung der Verantwortlichkeiten des Staates zur Folge. Die Entwicklung zur Lokalisierung und Dezentralisierung hat eine positive Seite, nämlich die Steigerung der ökonomischen Effizienz und die Vermehrung der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger an den politischen Entscheidungen.<sup>6</sup> Auf der anderen Seite besteht bei dieser Tendenz die Gefahr, daß sich diese subnationalen Einheiten auf ihre Sonderinteressen und Eigenständigkeit ohne Harmonisierung mit den anderen konzentrieren, was Separatismus und Partikularismus zur Folge haben könnte.

Wenn man sich die Frage stellt, wer den Verlust bei der Entwicklung der Globalisierung hat und auf welche Veränderungen dieser Prozeß abzielt, kommt man zum Resultat des Globalisierungsprozesses hinsichtlich der politischen Bereiche. Offensichtlich haben die Nationalstaaten einen gewissen Verlust an Souveränität sowohl in den internationalen Beziehungen, als auch auf der innerstaatlichen Ebene. Bei der Internationalisierung von Poli-

---

<sup>3</sup> Vgl. Rolf Caspers, Globalisierung und Anpassungsdruck in Deutschland. In: Ders. / Thomas Apolte / Paul J.J. Welfens (Hrsg.), Standortwettbewerb, wirtschaftspolitische Rationalität u. internationale Ordnungspolitik, Baden-Baden, 1999.

<sup>4</sup> Vgl. Horst Siebert, Weltwirtschaft, Stuttgart, 1997, S. 13.

<sup>5</sup> Gerd Junne, Integration unter den Bedingungen von Globalisierung und Lokalisierung. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Europäische Integration, Opladen, 1996, S. 525.

<sup>6</sup> Arthur Benz / Dietrich Fürst / Heiderose Kilper / Dieter Rehfeld, Regionalisierung, Theorie-Praxis-Perspektiv, Opladen, 1999, S. 53.

tik geht es um die „Entgrenzung der Staatenwelt“<sup>7</sup> und die Lokalisierung und Dezentralisierung sind andere Bezeichnungen für eine „Entnationalisierung des Nationalstaates.“<sup>8</sup>

## 2) In den wirtschaftlichen Feldern

Da der Begriff der Globalisierung ein Ergebnis des weltwirtschaftlichen Strukturwandels ist, ist es erforderlich, auf die zentralen Prozesse der neuen Weltwirtschaft einzugehen. Hierzu werden die weltwirtschaftlichen Interaktionen mit drei Begriffen, nämlich der Internationalisierung, der Transnationalisierung und der Globalisierung thematisiert.

Internationalisierung ist die erste Stufe der heutigen Globalisierung. Die Interaktion im Rahmen dieser Internationalisierung trat zwar schon mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert in Erscheinung, jene dynamische Bewegung, die man in die Reihe der Entwicklungen hin zur Globalisierung stellen könnte, begann jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Strömungen der Internationalisierung herrschte ungefähr bis 1971, als das damalige Währungs- und Finanzsystem von Bretton Woods aufgegeben wurde, und existierten als ein nachhaltiger Prozeß der weltwirtschaftlichen Entgrenzung bis heute. Ein wichtiger Wesenszug der Internationalisierung im Vergleich zur Transnationalisierung und Globalisierung ist, daß die nationalen Staaten im politischen und wirtschaftlichen Bereich als handlungsfähige Akteure gewisse Befugnisse wahrnehmen konnten. Obwohl sich die OECD-Mitgliedsstaaten 1961 mit dem „Code of Liberalization of Capital Movements“ bereit erklärten, zwischen ihnen bestehende Beschränkungen des Kapitalverkehrs in dem nötigen Grad für effektive wirtschaftliche Kooperation progressiv fortschreitend abzubauen, sollte den Staaten gleichzeitig eine Vielzahl von Möglichkeiten der Reglementierung des Kapitalverkehrs bewahrt bleiben.<sup>9</sup>

Die Internationalisierung zielt auf die Flexibilität des Kapitals, der Arbeit, der Produkte und der Personen ab, um einen Interaktionsraum, wo sich diese vier wirtschaftlichen Faktoren frei bewegen können, zu schaffen und zu sichern. Von diesen vier wirtschaftlichen Faktoren der internationalen Arbeitsteilung sind die Produkte immer der wichtigste und daher finden die Interaktionen und Interdependenzen zwischen den Staaten besonders auf

---

<sup>7</sup> Lothar Brock / Mathias Albert, Entgrenzung der Staatenwelt. Zur Analyse weltgesellschaftlicher Entwicklungstendenzen. In: Zeitschrift für internationale Beziehungen 2. Jg., 1995.

<sup>8</sup> Bob Jessop, Die Zukunft des Nationalstaates. Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Steffen Becker / Thomas Sablowske / Wilhelm Schumm (Hrsg.), Jenseits der Nationalökonomie, Hamburg, 1997, S. 62.

<sup>9</sup> Jürgen Neyer, Globaler Markt und territorialer Staat, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2. Jg. 1995, S. 289.

dem Welthandelsmarkt statt, welcher ausgerichtet ist auf die Beseitigung der Handelsbarrieren und den Abbau der Marktabgrenzung und Marktsegmentierung. Der Einfluß des Weltmarktes auf binnenwirtschaftliche Prozesse ist von dem politischen Willen staatlicher Gesellschaften regulierbar und kann über außenwirtschaftliche Steuerungsinstrumente (Zölle, Quoten etc.) balanciert werden. Internationalen weltwirtschaftlichen Institutionen kommt dabei die Aufgabe zu, internationale Kooperation zu bewerkstelligen und einzelstaatliche wirtschafts- und sozialpolitische Präferenzen mit den Zielen einer Liberalisierung der Weltwirtschaft zu harmonisieren.<sup>10</sup>

Mit der Aufhebung der Goldbindung des Dollars 1971 und die in der Folge gestiegene Volatilität der Währungen im Zuge der Deregulierung der 80er Jahre wurde die einzelstaatliche Regulation von der gestiegenen transnationalen Verflechtung marginalisiert. Neu im Vergleich zur Internationalisierung des Welthandels ist die Verflechtung durch Direktinvestitionen von weltweit operierenden Unternehmen. Das „UN Center on Transnational Corporations (UNCTC)“ hatte Anfang der neunziger Jahre mehr als 37,000 Transnational Corporations (TNCs) als Mitglieder mit mehr als 200,000 ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften.<sup>11</sup> UNCTC spricht vom Entstehen eines neuen transnationalen Produktions- und Vertriebssystems, das nicht länger auf internationalem Handel basiert, sondern in welchem das Netzwerk der TNCs und ihrer ausländischen Niederlassungen strukturprägende Macht gewinnt.<sup>12</sup> Diese Erscheinung nennen wir „Transnationalisierung“. Dort wo effizientere Produktionsverfahren, niedrigere Lohnstrukturen, günstigere Marktanteile und größere Gewinnchancen existieren, investieren die Unternehmer und produzieren, lagern und handeln ihre Produkte direkt an diesen Standorten. Es geht bei der Transnationalisierung nicht mehr um den direkten grenzüberschreitenden Welthandel, sondern um die langfristigen Investitionsverflechtungen (Direktinvestitionen), vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Die Konsequenz daraus ist eine Erosion der ökonomischen Autonomie der nationalpolitischen Einheiten. Die politischen Akteure versuchen, die Attraktivität ihres Landes als Investitionsort durch Steuervergünstigung, niedrige Sozialabgaben und optimalen administrativen Unterstützungsmaßnahmen zu erhöhen. TNCs haben die Möglichkeit, auf Regierungen durch Abwanderungsdrohungen Druck auszuüben. So verlieren Staaten ihre Handlungsfähigkeit in der Steuerung ihrer Wirtschaftspoli-

---

<sup>10</sup> Ebenda, SS. 291-2.

<sup>11</sup> Gern Junne, a.a.O., S. 515.

<sup>12</sup> Jürgen Neyer, a.a.O., S. 294.